

Börsen-Zeitung vom 31.12.2019, Nr. 249, S. 27

ALLES AUF GRÜN

Wirtschaft ohne Kohle kostet Kohle

Bei der Dekarbonisierung müssen alle mitmachen - Erneuerbare Energien sind Hoffnungsträger

Von Alexandra Baude, Frankfurt

Börsen-Zeitung, 31.12.2019

Die Dampflokomotive zieht den Zug durch eine idyllische Landschaft, grün ist es auf beiden Seiten der Gleise - welch pittoreskes Bild. Dies Bild ist zwar für die Umwelt ein Katastrophales, macht allerdings Mut: Denn es zeigt, dass ein unmöglich scheinender Wandel gelingen kann. Wer hätte schon 1804 beim Bau der ersten auf Schienen fahrenden Dampfloks geglaubt, dass später einmal ganz selbstverständlich Personen und Güter per E- oder Diesellok von A nach B befördert werden.

Denn dringend nötig ist, dass auch der aktuell anstehende Wandel gelingt - die Dekarbonisierung der Wirtschaft. Der Einsatz kohlenstoffhaltiger Energieträger soll so weit wie möglich, am besten auf null, reduziert werden. Zieldatum der kohlenstoffarmen Wirtschaft im Euroraum und damit auch in Deutschland ist das Jahr 2050. Nur so kann der Klimawandel gestoppt und die Ziele des Pariser Vertrags erreicht werden. Kohle, Öl und Erdgas heißen die Bösewichte, die es zu vertreiben gilt. Alternativen sind zwar bekannt und werden weiterentwickelt, vollständig ersetzt werden können die fossilen Energieträger aber noch lange nicht.

Extrem ehrgeizige Ziele ...

Knackpunkt sind die erneuerbaren Energien. Wenn bis 2022 hierzulande sämtliche Kernkraftwerke und 2038 das letzte Kohlekraftwerk abgeschaltet sind, wird jedoch Erdgas bei der Stromgewinnung noch länger die größte Rolle spielen. Bis 2030 sollen erneuerbare Energien einen Anteil von 65 % am Bruttostromverbrauch haben. 2018 waren es 37,8 % (siehe Grafik). Wasserstoff werden wegen der direkten Anwendbarkeit in industriellen Prozessen, aber auch bei der Erzeugung synthetischer Kraftstoffe (E-Fuels), die größten Chancen zugesprochen.

Die Dekarbonisierung, die derzeit von der Politik durch immer strengere Vorgaben zum Klimaschutz rasant vorangetrieben wird, fällt in konjunkturell herausfordernde Zeiten. Ob nun "Green Deal" der EU oder das "Klimaschutzprogramm 2030" der Bundesregierung - die Ziele sind ehrgeizig und betreffen alle Sektoren: Energie-, Forst- und Landwirtschaft, Industrie, Gebäude und Verkehr. Klar ist dabei, dass Klimaschutz nur funktioniert, wenn alle mitmachen - auch wenn kurzfristig gesehen die Kosten und Auswirkungen hoch erscheinen mögen. So werden wohl die im internationalen Vergleich hohen Strompreise noch stärker steigen. Die angekündigten Jobverluste in den Kohlerevieren oder in der Automobilbranche in Zusammenhang mit dem Wechsel von Verbrennungsmotoren hin zu alternativen Antriebsformen und die wegen der CO₂-Bepreisung höheren Spritkosten, denen Berufspendler oft nicht entgehen können, knapsen am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, deren Konsum eine der Wachstumsstützen ist. CO₂-intensive Branchen würden in Scharen das Land verlassen, ist die Befürchtung. Ganz so schlimm wird es wohl nicht kommen, aber in der Umstellungsphase, bis alles technisch, wirtschaftlich und sozial machbar umgesetzt ist, wird die Dekarbonisierung Wachstum kosten.

Klar ist also, dass es Klimaschutz nicht zum Nulltarif gibt. Der Industrieverband BDI hält in einer Studie für Deutschland einen um 80 % geringeren Treibhausausstoß für technisch möglich und volkswirtschaftlich verkraftbar. Dafür müssten bis 2050 rund

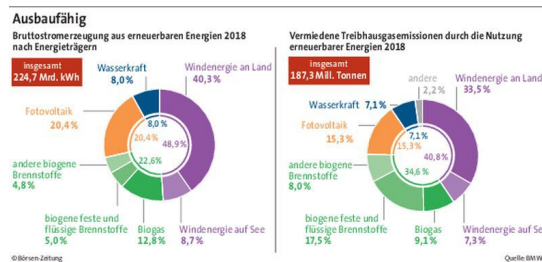
1,5 bis 2,3 Bill. Euro bzw. jährlich etwa 1,2 bis 1,8 % des Bruttoinlandprodukts zusätzlich investiert werden. Die Kosten des Nicht-Tätigwerdens sind allerdings erheblich höher: Studien errechnen bei einer Temperaturänderung von 4,5 Grad bis zum Jahr 2100 Schäden von bis zu 4 % des globalen Bruttosozialprodukts, die bei Kooperationen der hauptverursachenden Staaten auf 1 % gedrückt werden könnten.

... die Nutzen stiften können

Nicht vergessen werden darf aber auch der Nutzen, den die Klimaschutzmaßnahmen langfristig bringen - neben den offensichtlichen für die Umwelt und die Gesundheit der Menschen. So wird ein wirtschaftlich-technischer Strukturwandel angestoßen, der Innovationen und damit auch neue Arbeitsplätze mit sich bringen wird. Denn der Wandel hin zur E-Mobilität etwa wird von CO₂-Grenzwerten für Neufahrzeuge sowie Subventionen und weniger durch Marktkräfte getrieben. Auch die energetische Gebäudesanierung oder das Angebot öffentlicher Verkehrsmittel machen wie der Netzausbau umfangreiche Investitionen nötig. Auch steht zu erwarten, dass etwa durch den CO₂-Handel Entwicklungen auf dem Feld der Umwelttechnologien stärker vorangetrieben werden, die das Zeug zum neuen Exportschlager haben.

Allerdings wird dem von der Bundesregierung geplanten Einstiegspreis für die Tonne CO₂ von 25 Euro noch keine rechte Lenkungswirkung zugesprochen. Der IWF schätzt, dass eine weltweit erhobene Steuer von 75 Dollar je Tonne CO₂ nötig ist, um das Klimaziel von Paris zu erreichen.

Alexandra Baude, Frankfurt



Quelle: Börsen-Zeitung vom 31.12.2019, Nr. 249, S. 27

ISSN: 0343-7728

Rubrik: ALLES AUF GRÜN

Dokumentnummer: 2019249124

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/BOEZ_bb098efdb870cf2b39de6b65663ff4c7ea058b22

Alle Rechte vorbehalten: (c) Börsen-Zeitung

GENIOS © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH